

Datenschutzhinweise zur Videoüberwachung durch regiobus Potsdam Mittelmark

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

regiobus Potsdam Mittelmark GmbH
Brücker Landstraße 22
14806 Bad Belzig
Tel.: 033841 99 300
E-Mail.: info@regiobus.pm

Kontakt Daten des Datenschutzbeauftragten:

dataarea GmbH
Tel.: 0351 2722 0880
E-Mail.: info@dataarea.de

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

Art. 6 Abs. 1 lit. f) Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) bzw. § 4 Abs. 1 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

Zwecke der Datenverarbeitung:

- anlassbezogene Sicherstellung, Wahrung und Erhöhung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zum Nutzen der Kunden/Fahrgäste und Mitarbeitenden sowie zum Schutze der Fahrzeuge (Black-Box-Lösung);
- Präventive Wirkung zur Verringerung von strafbaren Handlungen, die gegen Fahrgäste, Mitarbeitende und das Unternehmen gerichtet sind im Fall einer konkreten Gefährdungslage (insbesondere Strecken, Tageszeiten, Fahrzeuginnenbereich und erfahrungsbezogen);
- zum Schutz vor strafbaren Handlungen gegen das Eigentum und die Rechte und Freiheiten der Fahrgäste, Mitarbeitenden und das Eigentum des Unternehmens im Fall einer konkreten Gefährdungslage;
- Rekonstruktion von Fahrgastunfällen im Innenraum des KOM.

Videoauswertungen vom Geschehen außerhalb der KOM sind unzulässig.

Berechtigte Interessen, die verfolgt werden:

- Wahrnehmung des Hausrechts
- Aufklärung und Prävention von strafbaren Handlungen
- Schutz von Leben, Gesundheit und Freiheit von Fahrgästen und Mitarbeitenden

Speicherdauer:

Die aufgezeichneten Daten werden spätestens nach Ablauf von 72 Betriebsstunden gelöscht. Für Zwecke der Beweissicherung erforderliche Filmdateien können so lange aufbewahrt werden, wie dies zur Rechtsverfolgung erforderlich ist.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der Daten:

Empfänger der Daten aus den Überwachungsvideos sind konkret festgelegte Mitarbeitende der regiobus Potsdam Mittelmark GmbH, die für die Videoüberwachung zuständig sind. Für Zwecke der Rechtsverfolgung können Bildsequenzen an Strafverfolgungsbehörden übermittelt werden.

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, vom Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, vom Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, vom Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z.B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, vom Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z.B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der/Die Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte, Freiheiten der betroffenen Person überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Brandenburg ist die zuständige Aufsichtsbehörde:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht

Dagmar Hartge

Stahnsdorfer Damm 77, 14532 Kleinmachnow

Telefon: 033203/356-0

Telefax: 033203/356-49

E-Mail: Poststelle@LDA.Brandenburg.de